

NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	05.12.2000
von:	17.00 Uhr
bis:	20.15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
AM Dornseifer, Gisela - für Stv Eberlein, Klaus-Peter -
Stv Glaamann, Herta - für Stv Sintzen, Gerlinde bis 18.30 Uhr -
Stv Katz, Reinhilde
AM Kessler, Silvia - für Stv Elter, Uwe bis 18.30 Uhr -
Stv Kleine, Sancho-Antonio
AM Leonhardt, Traugott
Stv Rujanski, Detlef
AM Stinner, Gabriele - für AM Kesting, Stefan -

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Griffig, Thomas - für AM Klein, Anneliese -
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
Stv Lauble, Wilhelm
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
AM Al-Omary, Falk
AM Becker-Düster, Gertrud - für AM Dr. Feische, Bärbel -
Stv Groß, Michael
AM Gürke, Volker
AM Holdinghausen, Rolf

AM Schneider, Martina
Stv Tielsch, Ingrid - ab 17.40 Uhr -

V. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 16 ö.T.:

Frau Ditsch - Vorsitzende des Ausländerbeirates -

VI. Als Zuhörer:

AM Peter, Ute
AM Schollmeyer, Wolfgang

VII. Von der Verwaltung:

VA Dr. Jung
Stadtjugendpfleger Weber
VA Dreisbach - bis 18.30 Uhr -
VA Liedtke
VA Roth
VA Stelzer - bis 18.30 Uhr -
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
AM Kesting, Stefan
Stv Sintzen, Gerlinde

Entschuldigt fehlten:

AM Ginsberg, Hans Peter
AM Gräbener, Klaus
AM Lorenz, Gerd Rainer
AM Pflaum, Helmut

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte 3.1 und 16 im öffentlichen Teil einverstanden. Der neue TOP 16 wird nach TOP 5 behandelt.

Herr Schmidt bittet die Fraktionen bis zur ersten Sitzung im kommenden Jahr um Vorschläge, an welchen Verein die Sitzungsgelder dieser Sitzung gespendet werden sollen.

Für die SPD-Fraktion schlägt Herr Rujanski den Verein „Mütterzentrum e.V.“ vor.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Katz bestimmt.

9. JHA 05.12.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.10.2000

In der Protokollierung zu TOP 11 ö.T. ist sein Name im 2. Absatz zu streichen, so Herr Schmidt.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

9. JHA 05.12.2000

3. Fragestunde

3.1 Elternbeiträge für Schulkinder in Tageseinrichtungen für Kinder

- Anfrage des AM Horst Löwenberg vom 01.12.2000 -

Die von Herrn Dr. Jung vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

9. JHA 05.12.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

9. JHA 05.12.2000

5. Aktueller Sachstandsbericht zur Situation der Skater in Siegen-Mitte

Dass Skaten nicht mehr lediglich als Modeerscheinung zu sehen ist, belegt die Tatsache, dass mittlerweile sogar grundsätzlich Landeszuwendungen für den Bau von Skateranlagen gewährt werden, so Herr Weber. In Siegen wird schon lange eine geeignete Fläche gesucht, bisherige Bemühungen sind gescheitert, da entweder das Grundstück nicht geeignet oder aber die Kosten zu hoch waren.

Die Verhandlungen mit den SVB sind mittlerweile soweit gediehen, dass an der Ecke SVB-Gebäude und Land- / Amtsgericht grundsätzlich ein Skaterplatz eingerichtet werden kann. Bedingung der SVB ist jedoch, dass eine Nutzung des vorderen Bereiches *erst ab 16.00 Uhr* erfolgt. Die Fläche unter der HTS kann nicht zur Verfügung gestellt werden. Durch die Verwaltung wurde dem Westfälischen Straßenbauamt schriftlich mitgeteilt, dass die Abtrennung der Fläche unter der HTS durch einen Bauzaun möglich ist. Möglichkeiten der Durchsetzung einer Nutzungsbeschränkung ab 16.00 Uhr werden verwaltungsseitig gesehen. Die Beantwortung durch das Westfälische Straßenbauamt ist abzuwarten.

Folgende Alternativen wurden / werden geprüft:

- Parkfläche in der St.-Johann-Straße (ehem. Standort des Rathauses):
Die Nutzungsmöglichkeit scheidet aus, da der Kreis Siegen-Wittgenstein eine Bebauung vorsieht.
- Busbereitstellungsplatz unter der HTS:
Eine Nutzung des vorderen Teils scheidet aus bebauungsplanrechtlichen Gründen aus, zur Nutzbarkeit des hinteren Teiles wird am 12.12.2000 ein Ortstermin stattfinden.
- Fläche in Geisweid, Bereich unterer Schießberg:
Der Vorschlag eines Stadtverordneten konnte nicht befolgt werden, da die Fläche höchstwahrscheinlich für eine Skateranlage nicht nutzbar ist. Der Eigentümer sieht jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, eine in seinem Besitz befindliche Halle zur Verfügung zu stellen. Er fordert für diesen Fall einen verantwortlichen Ansprechpartner.
- Bertramsplatz:
Eine Integration ist unter Umständen denkbar, nicht jedoch im Bereich der Grünfläche.

Herr Groß wünscht einen Beschlussvorschlag bezüglich einer nutzbaren Fläche innerhalb der kommenden 3 Monate.

Herr Rujanski wundert sich, dass sich die Sportvereine bislang scheinbar mit der Thematik Skater noch nicht auseinandergesetzt haben.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Kleine):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Suche nach einer geeigneten Fläche zur Einrichtung eines Skaterplatzes weiterhin intensiv zu betreiben. Die von Herrn Weber vorgestellten Alternativen „Ecke SVB-Gebäude und Land- / Amtsgericht“ und „hin-terer Bereich des Busbereitstellungsplatzes unter der HTS“ sind insbesondere zu forcieren. Die Beteiligung der Skater ist zu gewährleisten und die Frage der Träger-schaft zu klären.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

6. Sozialpädagogische Gruppenarbeit der Jugendgerichtshilfe in Kooperation mit dem Jugendtreff Fischbacherberg
Projekt: „Ich will, dass du mir zuhörst!“

Vorlagenr. 831/00 - Vorlage vom 23.10.2000 -

Frau Stelzer und Herr Dreisbach erläutern die Verwaltungsvorlage anhand einer Bildschirmpräsentation ausführlich.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auch zukünftig derartige Kooperationsprojekte durchzuführen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

7. Künftige Nutzung des ehemaligen Wohnheimes für Offiziere (Liegenschaft Nr. 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne)
- Durchführungsbeschluss -

Vorlagenr. 603/00 - Vorlage vom 23.11.2000 -

Herr Dr. Rohr erläutert die Verwaltungsvorlage und kündigt eine im nichtöffentlichen Teil des Rates am 20.12.2000 zu beratende Erwerbsvorlage an.

Herr Kleine fordert, die Kosten für Kindergarten und Jugendtreff klarer voneinander zu trennen. Er hofft, dass eine für alle in Frage kommenden Träger faire Vergabe der Trägerschaft erfolgt.

Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Beteiligung aller in Frage kommenden Träger sichergestellt wird, so auch Herr Rujanski. Er bedauert, dass Personalkosteneinsparungen aus der Nichtbesetzung der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten zur Refinanzierung der Betriebskosten herangezogen werden sollen. Er ist nach wie vor von der Notwendigkeit der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten überzeugt.

Auch Frau Tielsch ist der Auffassung, dass die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten nicht geopfert werden dürfe.

Herr Groß macht darauf aufmerksam, dass das Projekt KiJuFaz mit K 52 nicht in Verbindung steht, die Kostenschätzung (Anlage zur Vorlage) ist dahingehend zu korrigieren.

Herr Al-Omary bedauert, dass die durch die F.D.P.-Fraktion unterbreiteten Vorschläge nicht aufgegriffen wurden. Ein weiteres Problem sieht er in der Prioritätensetzung. Aus diesen Gründen kann er sich dem Beschlussvorschlag nicht anschließen.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Groß):

An der Notwendigkeit eines Kinder- und Jugendbeauftragten wird festgehalten. Personalkosteneinsparungen aus der Nichtbesetzung dieser Stelle können folglich nicht zur Refinanzierung der Betriebskosten (Seite 6 der Vorlage, Tabelle unter dem Punkt 3 - Zusammenstellung -, 2. Zeile) herangezogen werden. Statt dessen sind Einsparungen aufgrund Wegfalls einer Controllerstelle zur Deckung einzusetzen.

**Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen (CDU),
0 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Kleine):

Die dem Verein „Achenbach, Heidenberg, Witschert aktiv e.V.“ zugesagten Spenden in Höhe von 14 TDM (Seite 4 der Vorlage, 1. Absatz) sind zur Senkung des kommunalen Finanzierungsanteiles heranzuziehen.

**Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür (CDU), 6 Stimmen dagegen,
3 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Kleine):

Konzepte zur zukünftigen Trägerschaft der in Frage kommenden Träger (Seite 7 der Vorlage, Buchst. C) sind im Jugendhilfeausschuss nach Bekanntwerden vorzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag (mit Erweiterung aufgrund der Anträge von Herrn Groß und Herrn Kleine):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, das ehemalige Wohnheim für Offiziere (K 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne) als

- Kindertageseinrichtung
- Einrichtung für soziale Gruppenarbeit im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung)
- soziales Dienstleistungszentrum

zu nutzen.

Voraussetzung für eine Realisierung ist, die Mehrkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes (ohne Kindertageseinrichtungsbereich) auf jährlich 100 TDM (Sach- und Personalkosten) auf der Grundlage des Stellen- / Haushaltsplanes 2000 festzuschreiben.

An der Notwendigkeit eines Kinder- und Jugendbeauftragten wird festgehalten. Personalkosteneinsparungen aus der Nichtbesetzung dieser Stelle können folglich nicht zur Refinanzierung der Betriebskosten herangezogen werden. Statt dessen sind Einsparungen aufgrund Wegfalls einer Controllerstelle zur Deckung einzusetzen.

Konzepte zur zukünftigen Trägerschaft der in Frage kommenden Träger sind im Jugendhilfeausschuss nach Bekanntwerden vorzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 6 Enthaltungen (CDU)

8. Nutzung des Gebäudes Feldstraße 28, Siegen-Weidenau, als multi-kulturelles stadtteilorientiertes Kultur- und Begegnungszentrum

Vorlagennr. 308/00 - Vorlage vom 06.03.2000 -

Herr Fischer teilt mit, dass zwischenzeitlich mit der Stadtteilkonferenz Weidenau kontaktiert wurde. Diese sieht keine Realisierungschance für die Durchführung des Projektes im Gebäude der Leo-Schule.

Herr Rujanski kann der Vorlage zustimmen. Diese Zustimmung betrifft jedoch, wie in der Verwaltungsvorlage dargestellt, lediglich die Nichtnutzbarkeit des Gebäudes der Leo-Schule. Der Bedarf für ein multikulturelles stadtteilorientiertes Kultur- und Begegnungszentrum in Weidenau wird weiterhin gesehen.

Vor einem Verkauf des Gebäudes sind städtische Nutzungsmöglichkeiten abschließend zu verneinen, so Herr Kleine. In der Stadtteilkonferenz wurde deutlich, dass es zum Erwerb des Gebäudes einen Interessenten gibt, der unter Umständen bereit ist, der Stadtteilkonferenz Weidenau für ihre Zwecke zwei bis drei Räume zur Verfügung zu stellen, hierauf wäre bei einem Verkauf hinzuwirken. Verkaufserlöse sollten der Jugendarbeit zugute kommen.

Herr Groß ist der Auffassung, dass die Stadt die letzte aktuelle Möglichkeit zur Realisierung des Projektes erst dann aus der Hand geben sollte, wenn eine Alternative klar erkennbar ist. Den Ausführungen von Herrn Kleine kann er sich vorbehaltlos anschließen.

Frau Tielsch bittet, die Stadtteilkonferenz Weidenau weiterhin in ihren Bemühungen im Rahmen der Jugendarbeit zu unterstützen.

Herr Max regt an, bezüglich der Durchführung des Projektes nicht nur die Stadtteilkonferenz zu beteiligen. Vielmehr sind auch mit den freien Träger Verhandlungen aufzunehmen.

Beschluss (auf Anregung von Herrn Rujanski):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Verhandlungen bezüglich der Durchführung des Projektes „Multikulturelles stadtteilorientiertes Kultur- und Begegnungszentrum“ mit den freien Trägern aufzunehmen. Weiterhin ist zu klären, ob ein möglicher Kaufinteressent für die Leo-Schule bereit ist, der Stadtteilkonferenz Räumlichkeiten des Gebäudes für ihre Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Die Ergebnisse sind in der nächsten Sitzung darzustellen. Bis dahin wird eine Entscheidung zur Nutzung / Nichtnutzung des Gebäudes Feldstraße 28 (Leo-Schule) in Siegen-Weidenau als multikulturelles stadtteilorientiertes Kultur- und Begegnungszentrum vertagt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

9. JHA 05.12.2000

**9. Einrichtung einer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz
- Trägerschaft**

Vorlagennr. 832/00 - Vorlage vom 21.11.2000 -

Herr Gürke begrüßt den Beschlussvorschlag.

Herr Rujanski geht davon aus, dass über die Gründung eines gemeinsamen Trägervereins für die neue Einrichtung Bertramsplatz mit sämtlichen in Frage kommenden freien Trägern verhandelt wurde und kann daher der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, mit dem Stadtjugendring Siegen e.V. über die Gründung eines gemeinsamen Trägervereins für die neue Einrichtung Bertramsplatz zu verhandeln. Das Ergebnis wird dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 6 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

10. Sachstandsbericht zur Reorganisation der Förderstrukturen für freie Träger innerhalb des FB 5 - Soziales, Familien, Jugend und Wohnen

Vorlagenr. 833/00 - Vorlage vom 21.11.2000 -

Herr Max vermisst Aussagen sowohl über leistungsgerechte Finanzierung der Verbände und Träger als auch über eine mögliche vertragliche Absicherung der freien Träger.

Nach Meinung von Herrn Rujanski sind zur Erreichung des Zieles, harmonische Förderstrukturen zu erreichen, zu wenig klare Aussagen getroffen. Besonders problematisch sind die Förderungen aufgrund vertraglicher Verpflichtungen. Zu hinterfragen ist, ob die Verträge sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach notwendig und angemessen sind.

Diesen Ausführungen stimmt Herr Kleine zu und beantragt daher, im Beschlussvorschlag das letzte Wort „umzusetzen“ durch das Wort „darzustellen“ zu ersetzen.

Herr Gürke beantragt darüber hinaus, den letzten Halbsatz wie folgt zu formulieren: „... und beauftragen die Verwaltung, die weiteren konzeptionellen und organisatorischen Schritte darzustellen“.

Herr Groß macht auf die haushaltsmäßigen Konsequenzen des sogenannten Innovationstopfes aufmerksam. Er bittet die Verwaltung zu klären, mit welchen derzeit im Einzelentscheid bedachten Trägern vertragliche Lösungen möglich sind.

Herr Löwenberg bittet, eigene städtische Maßnahmen ähnlich kritisch zu reflektieren wie diejenigen der freien Träger.

Herr Klein spricht sich dafür aus, nicht von *Förderung* der freien Träger zu sprechen, sondern von einer *Vergütung von Leistungen, die zugunsten der Stadt Siegen erbracht werden*.

Auf Frage von Herrn Löwenberg antwortet Herr Fischer, dass der in der Vorlage unter Ziff. 3.2 genannte Termin (Stichtag: 1. November) lediglich als Strukturdatum für künftige Regelungen zu sehen ist. Für 2001 sind Übergangsregelungen denkbar.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen erachtet den Innovationstopf als sinnvoll. Die haushaltsmäßigen Konsequenzen sind im Haushalt für das Jahr 2001 zu berücksichtigen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschluss (mit Erweiterung / Änderung auf Anträge der Herren Kleine und Gürke):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Reorganisation der Förderstrukturen für freie Träger innerhalb des Fachbereiches 5 - Soziales, Familien, Jugend und Wohnen - zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren konzeptionellen und organisatorischen Schritte darzustellen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

9. JHA 05.12.2000

11. Hilfen zur Erziehung - Erziehungsbeistandschaft und Sozialpädagogische Familienhilfe gemäß §§ 30 und 31 KJHG

Vorlagenr. 834/00 - Vorlage vom 14.11.2000 -

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt zur Kenntnis, dass das Stadtjugendamt Siegen mit den freien Trägern Sozialdienst katholischer Frauen e.V. und Diakonisches Werk Entgeltvereinbarungen auf der Grundlage von Leistungsbeschreibungen in Anlehnung an §§ 78 a ff. KJHG abschließen wird. Die bisherigen

Förderverträge vom 1. Oktober 1990 für die Sozialpädagogische Familienhilfe und vom 17. Januar 1989, aktualisiert am 5. November 1996, für die Erziehungsbeistandschaft werden damit im gegenseitigen Einvernehmen abgelöst.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

**12. Förderung der evangelischen und katholischen Beratungsstelle;
hier: Förderung 2000**

Vorlagenr. 835/00 - Vorlage vom 26.10.2000 -

Herr Kleine kritisiert, dass eine Beratung der Anträge im Jugendhilfeausschuss zeit-naher (6-Wochen-Frist) zu erfolgen hat.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle des Kirchenkreises Siegen einen Zuschuss in Höhe von 20.000,00 DM und der katholischen Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 DM zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

**13. Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.;
hier: Förderung von besonderen sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen**

Vorlagenr. 837/00 - Vorlage vom 17.10.2000 -

Herr Groß erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Kleine kritisiert, dass eine Beratung der Anträge im Jugendhilfeausschuss zeit-naher (6-Wochen-Frist) zu erfolgen hat.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. einen Sachkostenzuschuss 2000 in Höhe von 52.000,00 DM zur Durchführung von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flüchtlinge einschließlich Verwaltungsmehraufwand zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

**14. Förderung besonderer sozialer Maßnahmen;
hier: Mittelvergabe 2000**

Vorlagennr. 839/00 - Vorlage vom 16.10.2000 -

Herr Kleine kritisiert, dass eine Beratung der Anträge im Jugendhilfeausschuss zeit-naher (6-Wochen-Frist) zu erfolgen hat.

Herr Groß fordert, die Zuschüsse, die über Haushaltsstelle 1.455.7177.4 „Förderung besonderer sozialer Maßnahmen“ abgewickelt werden sollen, künftig in der der Haushaltsverabschiedung folgenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses zur Entscheidung vorzulegen.

Dieser Forderung wird Herr Fischer nachkommen. Er weist darauf hin, dass in die-sem Fall Beschlussvorschläge nur vorbehaltlich der Genehmigung des jeweiligen Haushaltes unterbreitet werden können.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Entscheidungen in derzeit anhängigen Widerspruchs- und Prüfungsverfahren, institutionelle Zuschüsse im Gesamtvolumen von 30.000,00 DM wie folgt zu gewähren:

Deutscher Kinderschutzbund e.V.	12.500,00 DM
Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.	6.500,00 DM
AIDS-Hilfe	6.000,00 DM
Mütterzentrum e.V.	5.000,00 DM

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

15. Sitzungstermine 2001

Vorlagennr. 840/00 - Vorlage vom 22.11.2000 -

Herr Fischer ergänzt, dass die Haushaltsplanberatungen im Jugendhilfeausschuss nach derzeitiger Planung für den 23.01.2001 vorgesehen sind. Weiterhin wird eine zusätzliche Sitzung am 27.02.2001 benötigt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen stimmt den folgenden Terminen zu:

Dienstag, 23.01.2001 (Haushalt)
Dienstag, 27.02.2001
Dienstag, 13.03.2001
Dienstag, 24.04.2001
Dienstag, 29.05.2001
Dienstag, 03.07.2001
Dienstag, 04.09.2001
Dienstag, 13.11.2001

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000

16. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlagenr. 873/00 - Vorlage vom 04.12.2000 -

Die Herren Schmidt und Fischer geben grundsätzliche Informationen zur Entstehungsgeschichte der Verwaltungsvorlage.

Frau Ditsch erläutert umfangreich die in der Dreizehner-Kommission entwickelten Richtlinien. Zu erreichendes Ziel ist ein menschliches und faires Umgehen der Menschen untereinander. Wirksames Mittel ist, Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu fördern.

Herr Gürke fordert, die knapp bemessenen Finanzierungsmittel sinnvoll zu nutzen. Es ist darauf hinzuwirken, bestehende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus weiter zu betreiben und zu fördern und neue anzustoßen. Eine wirksame Präsentation in der Öffentlichkeit ist zu erreichen.

Herr Groß gibt zu bedenken, dass nicht nur die Bürgerschaft, sondern auch der Staat gefragt ist. Dieser kommt der Verpflichtung seines Erachtens nicht genügend nach, wenn lediglich Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Weitreichende Re-formen hält er für erforderlich.

Zu den erarbeiteten Richtlinien nimmt er wie folgt Stellung:

- In § 2 Ziff. 1 ist genauer zu definieren, was mit **neuen** Projekten gemeint ist.
- Ungewöhnlich ist die Formulierung „Restbetragsfinanzierung“ in § 2 Ziff. 3. Er regt an, lediglich von „Finanzierung“ zu sprechen.
- Der Hintergrund der Regelung in § 4 Abs. 2 ist ihm nicht verständlich.

Herr Klein sieht das Problem, dass vor dem Hintergrund zunehmenden Interesses der Vereine zur Durchführung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht ausreichen werden.

Herr Al-Omary weist darauf hin, dass in der Sitzung des Landesjugendausschusses am heutigen Tag die Einstellung von 100 TDM in den Landeshaushalt zur Bekämpfung rechter Gewalt beschlossen wurde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt auf Empfehlung der Dreizehner-Kommission die Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gemäß Verwaltungsvorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. JHA 05.12.2000